











1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	CDU/CSU und SPD sind weiterhin in der Frage der Tabakwerbung gespalten. Aktuell sind keine neuen Initiativen zu diesem Issue erkennbar. Zudem wird die Aufmerksamkeit von Regierung und Regierungsfractionen durch diverse Issues gebunden (z.B. innere Sicherheit, Naher Osten, Russland, Wahljahr 2017).	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Grüne und DIE LINKE befassen sich derzeit nicht erkennbar mit Tabakpolitik. Die Opposition fokussiert derzeit ihre Anstrengungen – mit Blick auf das Wahljahr 2017 – zu Fragen der inneren Sicherheit und Sozialpolitik.	
Bundesrat, Bundesländer	Keine Veränderung: Der Bundesrat befasste sich aufgrund der Winterpause sowie in Ermangelung an Eingaben seitens des Bundes bzw. der Länder im Beobachtungszeitraum nicht mit der E-Zigarette. Das 10jährige Bestehen der Nichtraucherchutzgesetze generierte eine signifikante Medienberichterstattung. Grundtenor der Artikel: Bevölkerung und Wirtschaft haben sich mit den Konsumverboten arrangiert.	
Verwaltung	Die Ministerialverwaltung von BMEL und BMG ließ keine Veränderung ihrer kritischen Positionierung ggü. der E-Zigarette erkennen. Weiterhin gibt sich das BMEL dem Mentholverbot zugeneigt.	
Fachcommunity	Die Fachcommunity zeigt sich gespalten. Während ein irischer Report sich positiv zur E-Zigarette äußert, positioniert sich die WHO eher skeptisch. BAT's Entscheidung zur Fokussierung auf neue Produktgruppen wie E-Zigarette und Heated Tobacco lässt eine Intensivierung der Aktivitäten in 2017 erwarten. Auch Imperials Kooperation mit dem chinesischen Tabakstaatskonzern kann sich auf den europäischen Markt auswirken.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	 Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral, bzw. Trend ↑ oder ↓  Negativ  Sehr negativ (Krise)	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Keine relevanten Themen im Monitoring-Zeitraum.

2.2. Bundestag

Keine relevanten Themen im Monitoring-Zeitraum.

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 11.01.2017, 10.01.2016

Meldung: Zum 10jährigen Jahrestag zur Einführung der Nichtraucherchutzgesetze ziehen die Landesmedien Bilanz. Der Berichterstattung zufolge haben sich Gastronomen und Bevölkerung mit den neuen Regeln arrangiert.

Einordnung/Empfehlung: Die positive Bilanzierung bestätigt Nichtraucherschützer in ihrem Vorgehen. Es ist zu erwarten, dass bei der möglichen Übertragung auf die E-Zigarette wenig Kritik seitens der Bevölkerung geäußert wird. Auch Widerstand durch den DEHOGA ist eher unwahrscheinlich – hier kommt es auch auf die Impulse durch die Tabakbranche an, die eng mit dem DEHOGA zusammenarbeitete. Es wird empfohlen, die Entwicklung zu beobachten.

Quelle: tagesspiegel.de, schwaebische.de, landeszeitung.de, waz.de, mittelhessen.de

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 11.01.2017, 10.01.2016

Meldung: Russland erwägt mehrere Schritte zur Eindämmung des Tabakkonsums. Das Gesundheitsministerium brachte Vorlagen zur Einführung von „Plain Packs“, ein Verkaufsverbot an alle Personen ab dem Jahrgang 2015 sowie Tabaksteuererhöhungen ins Spiel.

Derweil [berät der tschechische Senat](#) über das geplante Rauchverbot in der Gastronomie, dem das Parlament bereits zustimmte (Report 36). Stimmt der Senat zu, könnte das Rauchverbot ab Mai 2017 greifen.

Einordnung/Empfehlung: Bei einer Umsetzung würde den Tabakunternehmen ein großer europäischer Markt wegbrechen. In diesem Fall wären E-Zigaretten ein wichtiges Angebot zur Kompensierung der Verluste. Für den Fall, dass die Pläne Erfolg haben, ist mit einem verstärkten Engagement der Tabakkonzerne zu rechnen. Eine vollständige Durchsetzung erscheint derzeit unrealistisch, jedoch dürfte ein Teil der Russen „umsteigen“. Aufgrund der EU-Sanktionen gegen Russland ist der E-Zigarettenexport nach Russland erschwert. Es wird daher empfohlen, die Entwicklung weiter zu beobachten und im Bedarfsfall mittelfristig Wege für den Markteintritt in Russland zu sondieren bzw. zu erwägen.

Quelle: dailymail.co.uk, tobaccojournal.com, independent.co.uk

Datum: 04.01.2016

Meldung: Die Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) sieht keine schädigende Wirkung von Propylenglykol auf die Atemwege. Damit widerspricht die EU-Agentur dem Bundesamt

für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAUA), das 2016 eine Einstufung von Propylenglykol als atemwegsreizend beantragt hatte.

Einordnung/Empfehlung: Damit widerlegt die EU-Agentur offiziell einem tragenden Argument des DKFZ gegen die E-Zigarette (siehe unten). Es wird empfohlen, die ECHA-Stellungnahme anlassbezogen Stakeholdern zu kommunizieren und in die Information in die bestehenden Positions- und Übersichtspapiere des BfTG einzupflegen. Die Nachricht bietet zudem einen Anlass, Multiplikatoren anzusprechen.

Quelle: echa.europa.eu, blastingnews.com

Datum: 04.01.2017, 03.01.2017

Meldung: Die österreichische Familienministerin Sophie Karmasin (ÖVP) plant ein landesweites Tabakkonsumverbot für Minderjährige. Die Opposition ist darüber gespalten. Auf einer Konferenz der zuständigen Landesminister soll Ende März über eine landesweit einheitliche Regelung beraten werden. Beobachter erwarten hier eine Vorentscheidung.

Daneben greifen österreichische Medien frühere Äußerungen von Martina Pötschke-Langer auf, bei denen sie vor Inhaltsstoffen wie Propylenglykol und Glycerin warnt. Warnungen kommen auch von [Manfred Neuberger](#) von der Medizinischen Universität Wien.

Einordnung/Empfehlung: Österreich holt damit eine in den meisten EU-Staaten umgesetzte Praxis nach. Die erneute Aufnahme von Argumentationssträngen des DKFZ zeigt, wie stark dessen Botschaften nachwirken.

Quelle: kurier.at, diepresse.com, salzburg.com, science.orf.at, vol.at

Datum: 01.01.2017

Meldung: Malta untersagt zum Jahresanfang das Rauchen sowie den Konsum von E-Zigaretten in Fahrzeugen, wenn Minderjährige anwesend sind. Die Regierung möchte damit die Gesundheitsgefährdung durch Passivrauchen eindämmen.

Einordnung/Empfehlung: Sechs EU-Staaten wie z.B. UK haben ähnliche Regelungen. Dass Malte jedoch auch den E-Zigarettenkonsum untersagt setzt diese mit Tabak gleich. Erneut erhalten Kritiker damit ein Signal, dass ihre Bestrebungen für eine Gleichbehandlung von Tabak und E-Zigarette zumindest teilweise Gehör finden.

Quelle: maltatoday.com.mt, gozonews.com

Datum: 23.12.2016

Meldung: Die niederländische Regierung arbeitet an einem Gesetzentwurf zum Verbot der Zurschaustellung von Tabakwaren im Handel. Bisherige, eingeforderte Vorschläge der Wirtschaft für freiwillige Maßnahmen fanden nicht die Akzeptanz der Exekutive. Eine [Parlamentsmehrheit](#) hatte zuvor die Regierung zum Handeln aufgefordert.

Einordnung/Empfehlung: Mit der Umsetzung dieses Schrittes in den ansonsten wirtschaftsfreundlichen Niederlanden schrumpft die Zahl der EU-Staaten, die neben Deutschland eine weniger restriktive Tabakpolitik verfolgen. Das führt zu einem gewissen Handlungsdruck, da Kritiker erneut auf die „Nachzügler-Rolle“ Deutschlands verweisen können. Damit bleibt das Issue „Werbeverbot“ latent bestehen.

Quelle: dutchnews.nl, nltimes.nl

2.5. Fachcommunity

Datum: 09.01.2017

Meldung: Laut einer Studie der Virginia Commonwealth University verleitet die E-Zigarette Heranwachsende nicht zum Tabakrauchen. Erhebungen hätten ergeben, dass wenn überhaupt Dampfer später Tabakprodukte konsumieren würden als vorherige Nichtraucher. Dampfer wiesen so keine höhere Wahrscheinlichkeit als Nichtraucher auf, Tabak zu konsumieren. Während der Tabakkritiker Prof. Glantz darin einen Beweis für die Gateway-These sieht, bestreitet dies Prof. Siegel (Boston University).

Einordnung/Empfehlung: Die Studie kann in Stakeholdergesprächen als Gegenargument zur Gateway-These genutzt werden.

Quelle: linkinghub.elsevier.com, reason.com, tobaccoanalysis.blogspot.de

Datum: 06.01.2017, 05.01.2017, 02.01.2017

Meldung: Die bekannte E-Zigaretten-Befürworterin Prof. Linda Bauld (Universität Stirling) setzt sich im Guardian für die E-Zigarette ein und eine ihr zufolge verzerrte Risikowahrnehmung und Bewertung seitens der Öffentlichkeit und einiger Gesundheitseinrichtungen beanstandet. Bauld fordert zudem im Fachmagazin „Tobacco Control Journal“ die Konsumverbote in Schottland zu überdenken. Dies stößt auf ein geteiltes Echo.

Währenddessen wurde am 05.01.2017 eine Studie von Helen O’Neill (University College London) vorgestellt. Laut der Untersuchung können die Aromen in Liquids bei Männern zu Unfruchtbarkeit führen. Die Forscher testeten 20 Liquids in 9 Geschmacksrichtungen. Wissenschaftler fordern ein Verkaufsverbot von Aromen, die in Verdacht stehen die Fertilität zu beeinträchtigen.

Einordnung/Empfehlung: O’Neills Studie liefert Kritikern weitere Gründe, neue Regulierungen zu fordern. Je mehr Risiken Wissenschaftler benennen, desto höher die Wahrscheinlichkeit einer (früheren) Einführung von Warnhinweisen auf E-Zigaretten und Liquids. Warnhinweise dienen dem Regulierer nicht nur zur Konsumentenaufklärung. Sie sind auch ein Mittel zur Reduzierung freier Packungsflächen – in Zeiten der Werbeverbote einem der wenigen Kommunikationskanäle zum Kunden. Daher ist dem Regulierer ein mehrfaches Interesse an der Einführung von möglichst großen Warnhinweisen zu attestieren. Denkbar wäre eine schrittweisen Einführung, bei der Größe und Inhalte der Warnungen zunehmen. Es wird empfohlen, die Entwicklungen im anglo-amerikanischen Raum diesbezüglich zu beobachten, der hierbei eine Vorreiterrolle einnimmt.

Quelle: theguardian.com, dailymail.co.uk, thetimes.co.uk, nzherald.co.nz, scotsman.com, heraldscotland.com

Datum: 05.01.2017

Meldung: Die irische „Health Information and Quality Authority“ (HIQA) hat einen Bericht über die Wirkung der E-Zigarette beim Rauchstopp publiziert. Demzufolge sollen 29% der Raucher E-Zigaretten zum Tabakstopp nutzen. HIQA schätzt, dass der vermehrte Konsum von E-Zigaretten zu einem Anstieg der erfolgreichen Tabak-Aussteiger führt. Damit sei die E-

13.01.2017

Zigarette ein kosteneffektiver Weg zum Tabakstopp. Die kosteneffektivste Methode sei der kombinierte Einsatz von Champix (Vareniclin) und Nikotinersatztherapien.

Die Nichtraucherorganisation ASH nimmt dennoch Abstand von der E-Zigarette und plädiert für den Einsatz von Nikotinersatzpräparaten wie Kaugummi oder Pflaster.

Einordnung/Empfehlung: Bislang kamen derlei Aussagen vor allem aus Großbritannien. Nun kann mit Irland ein weiterer – ansonsten tabakkritisch eingestellter EU-Staat – als Referenz für die E-Zigarette gegenüber Stakeholdern angegeben werden. Die Studie eignet sich für die politische wie externe Kommunikation zu Multiplikatoren (z.B. Pressemitteilung, Blog-Eintrag).

Quelle: hiqa.ie (Studie), hiqa.ie (Pressemitteilung), irishtimes.com, independent.ie

Datum: 03.01.2017, 02.01.2017

Meldung: Prof. Heino Stöver (Frankfurt University of Applied Sciences) äußert sich in einem Interview mit e-garage.de kritisch gegenüber der deutschen Wissenschaftsgemeinschaft, die sich der E-Zigarette nicht mit der notwendigen wissenschaftlichen Offenheit widme. Er moniert zudem die ungleich positivere Behandlung anderer Entwöhnungsmethoden und kritisiert die strikte Haltung der Bundesregierung bei der E-Zigarettenregulierung.

Ähnliche Kritik kommt von Sven Heeder (Red Kiwi), der ebenfalls auf die (mögliche) Einflussnahme der Pharmawirtschaft auf E-Zigarettenkritiker hindeutet.

Die Plattform arbeitskreis-krankenversicherungen.de fasst in einem ausgewogenen Übersichtsartikel Informationen zur E-Zigarette sowie die Forschungsergebnisse von Prof. Stöver sowie diverser britischer Wissenschaftler zusammen.

Einordnung/Empfehlung: Das Interview eignet sich für die informelle Informierung von Stakeholdern – insbesondere Befürwortern – via Mail. Es wird empfohlen, sich nicht in öffentlichen Statements die Kritik Stövers zu eigen zu machen, sondern maximal auf derlei Sorgen seitens dritter Experten hinzuweisen. Stichhaltige Beweise einer direkten Einflussnahme der Pharmabranche auf Fachleute zugunsten bestimmter Produkte fehlen.

Quelle: egarage.de, liquid-news.com, arbeitskreis-krankenversicherungen.de

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 10.01.2017

Meldung: Laut einer neuen Studie von WHO und dem US „National Cancer Institute“ fügen Tabakprodukte der Weltwirtschaft einen geschätzten Schaden von etwa 950 Mrd. € im Jahr zu. Alleine 6 Mio. Tabakkonsumenten sterben alljährlich an den Folgen des Konsums, davon 600.000 durch Passivrauchen. Die WHO erneuert ihre Forderungen nach weiteren Maßnahmen gegen Tabak. Diese würde sich auch für die Staaten finanziell lohnen. Der Bericht widmet sich partiell auch der E-Zigarette. Die Autoren stellen dazu einen weiteren Forschungsbedarf fest. Laut den Autoren bestehen noch keine einheitlichen Standards bei E-Zigaretten, was die Steuergesetzgebung erschwere. Bezüglich Passivdampf, weist die WHO auf Risiken für Nichtkonsumenten hin. Zudem hebt der Bericht kritisch die wachsende Bedeutung des Internets und Social Media für Tabakfirmen hervor, wo auch für die E-Zigarette geworben wird. Die Autoren sehen den Nutzen der E-Zigarette beim Tabakstopp noch nicht erwiesen (siehe u.a. S. 55, 145, 174, 205, 257f., 327f.).

Einordnung/Empfehlung: Der Bericht bietet Kritikern Bestätigung und einen erneuten Anlass, Regulierungen zu fordern. Die skeptischen Passagen zur E-Zigarette sowie ihre Erwähnung in einem Atemzug mit Tabak – z.B. bei Internetauftritte oder Passivrauchen – erhöht etwas das Risiko, dass Regulierer weiter E- und Tabak-Zigaretten gleichbehandeln. Der Report bietet zudem Kritikern Ansatzpunkte, den Nutzen der E-Zigarette anzuzweifeln.

Quelle: cancercontrol.cancer.gov (Studie), cancercontrol.cancer.gov (Zusammenfassung), who.int, faz.net

Datum: 03.01.2017

Meldung: Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte warnt Eltern, in Anwesenheit ihrer Kinder zu dampfen. Inhaltsstoffe des Dampfes wie Acetaldehyd und Acrolein würden beispielsweise Haut und Schleimhäute von Kindern reizen und schaden den Flimmerhärchen in den Atemwegen. Die Folgen für die Kindesgesundheit seien noch nicht absehbar.

Einordnung/Empfehlung: Nachrichten über schädliche Wirkungen für Dritte – insbesondere Kinder – aktivieren Kritiker und engen den Handlungsraum von Befürwortern in der Politik ein. Derlei Nachrichten befeuert zudem den „Glaubenskampf“ der Gegner. Daher wird der Verzicht auf eine medial-wissenschaftliche Auseinandersetzung empfohlen. Diese würde Kritikern nur noch mehr Aufmerksamkeit bieten.

Quelle: augsburger-allgemeine.de, rp-online.de

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 12.2017, 11.01.2017

Meldung: Imperial gründet mit dem chinesischen Staatsunternehmen „China National Tobacco“ (CNTC) ein Joint Venture. Die Partner werden sich künftig gegenseitig beim Vertrieb ihrer Marken unterstützen und im Bereich „neue Tabakprodukte“ zusammenarbeiten.

Einordnung/Empfehlung: CNTC kooperiert bereits mit PMI und BAT. Nun erhält Imperial Zugang zum weltgrößten Tabakmarkt und kann damit seine Position etwas stärken. Imperial gerät durch die Marktkonsolidierung sowie dem marktstarken Auftritt der Wettbewerber bei Alternativprodukten unter Druck. Imperial kann hier von CNTC profitieren. Es war immer mal wieder als Übernahmekandidat im Gespräch – konzerninterne Konsolidierungen der letzten Monate sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Das Joint Venture macht Imperial attraktiv für JTI: BAT muss die geplante Übernahme von Reynolds stemmen, PMI gilt als „Einzelkämpfer“. Auswirkungen auf den europäischen Markt bleiben abzuwarten. Sollte Imperial seine Kooperation auf Tabakalternativen ausweiten, ist mit dem verstärkten Marktauftritt chinesischer E-Zigaretten-Marken zu rechnen.

Quellen: tobaccojournal.com, reuters.com, journalnow.com

Datum: 06.01.2017, 05.01.2017

Meldung: BAT legt Berichten zufolge seine Zigarettenalternative Voke zu den Akten. Das Unternehmen wolle sich auf andere Produkte wie die E-Zigarette und Heated Tobacco konzentrieren. BAT hat den Launch öfters wegen Produktionsschwierigkeiten verschoben. BAT verkauft seine Rechte an den Entwickler von Voke, die Kind Consumer Limited. Kind sucht nun einen anderen Partner, um Voke 2017 auf den Markt zu bringen und gibt sich zuver-

13.01.2017

sichtlich. Auch der Zulieferer Consort Medical bleibt mit BAT und Kind über die Zukunft von Voke im Gespräch.

Voke galt Analysten nicht als große Einnahmequelle für BAT, jedoch geeignet zur Diversifizierung der Produktpalette.

Über Voke: Voke ist für die Verwendung von Nikotinentzugerscheinungen und Tabakabhängigkeit lizenziert. Es erhielt von der britischen „Medicines and Healthcare Products Regulatory Agency“ (MHRA) die Zulassung. Das Nikotininhalationsgerät enthält keine Elektronik, erzeugt keine Wärme oder Verbrennung wie sonst üblich bei E-Zigaretten.

Einordnung/Empfehlung: Mit dieser Entscheidung macht BAT Ressourcen für seine Zigarettenalternativen frei. Es ist mit weiteren Schritten zur Verbesserung der Marktsituation von Vype zu rechnen. Mit Vype verfügt BAT über ein System auf Basis von Liquid-Kapseln. Damit hat das Unternehmen einen Vorteil, sollte der Gesetzgeber zum Schutz von Kindern reine Tanksysteme untersagen. Ein denkbare Szenario in Anbetracht der laufenden schrittweisen Regulierung. Es wird empfohlen, sich mittelfristig auf dieses Szenario vorzubereiten.

Daneben bietet BAT mit iFUSE ein Produkt an, welches Heated Tobacco- und E-Zigaretten-Technologie verbindet ([Produkt-Bericht](#)).

Quelle: bat.com, euronews.com, reuters.com, foxnews.com, wsj.com, tobaccoreporter.com

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
13./14.01.2017	Klausurtagung des CDU-Bundesvorstands	CDU	Perl-Nennig / Mosel	cdu.de
16.-20.01.2017	Erste Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
17.01.2017	Veranstaltung zu nachhaltiger Innovationskultur	Berliner Wirtschaftsgespräche	Berlin	bwg-ev.org
17.01.2018	Gespräche des BfTG mit Europaabgeordneten	Europäisches Parlament	Straßburg	-
18.01.2017	Neujahrsempfang	BCCG	Berlin	bccg.de/
30.01.-01.2017	Tax Stamp Forum (u.a. zu Track & Trace)	Reconnaissance	Berlin	reconnaissance.net
31.01.2017	Festlicher Abend der Deutschen Industrie 2017	BDI	Berlin	bdi.eu
10.02.2017	Erste Plenumsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
14.02.2017	Geplanter MdB-Abend	BfTG	Berlin	-
16.02.2017	Ablauf Frist Stellungnahme Besteuerung von E-Zigaretten und Tabakprodukten	EU-Kommission	Brüssel	ec.europa.eu
23.02.2017	TJI Campus (zu TPD2)	Tobacco Journal International	Mainz	tji-campus.com

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.